

Marktwirtschaft.

Zeichnung: Heiko Sakurai



- 02** Von der Sozialen Marktwirtschaft zur „markt“-orientierten Sozialwirtschaft
Editorial von Bernd Raffelhüschen
- 03** Wohnen in der Sackgasse?
Holzwege, Irrwege und Auswege
- 04** Ehrbarer Staat: Update 2019
Renten- und pflegepolitische Reformoptionen
aus Perspektive der Generationenbilanz

- 06** CO₂-Preis & Klimaschutz
Wie lassen sich Klimaziele am besten erreichen?

Das Urheberrecht im digitalen Zeitalter
Ist nach der Richtlinie vor der Richtlinie?
- 07** Plattformökonomie
Zwischen Abwehrhaltung und Wunschdenken
- 08** Tagungsberichte
Industriepolitik • Bildung • Energiewende

Von der Sozialen Marktwirtschaft zur „markt“-orientierten Sozialwirtschaft

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Sieben Jahrzehnte Soziale Marktwirtschaft, davon drei in einem wiedervereinigten Deutschland, wären wahrlich ein guter Grund gewesen, in diesem Jahr ausgelassen zu feiern und die Sektkorken knallen zu lassen. Auch das letzte Jahrzehnt hätte einen guten Anlass hierfür gegeben – wir hatten zehn Jahre ununterbrochenes Wirtschafts- und Lohnwachstum mit enormen Zuwächsen in den Beschäftigtenzahlen. Eigentlich ein zweites Wirtschaftswunder und laut Glücksatlas 2019 sind die Deutschen auf einem Allzeithoch der Zufriedenheit. Was macht die deutsche Medienlandschaft daraus? Sie zelebriert „Zehn Jahre Finanzkrise“. Das macht uns keiner nach! Das Deutschland von heute ist das reichste und friedfertigste Deutschland, das jemals existiert hat. Und das alles dank der Sozialen Marktwirtschaft, die uns Steuer- und Beitragseinnahmen in einem Ausmaß beschert hat, die wir so in unserer Geschichte noch nie gehabt haben.

Politiker reagieren bei solch komfortablen Kassenlagen allerdings mit nochmals gesteigerter Großzügigkeit. Will heißen: Die sozialen Wohltaten der letzten Jahre haben aus einem bereits im Vorfeld üppig ausgestatteten Sozialstaat einen in manchen Teilen überzogenen gemacht, der noch dazu mit den jüngsten Reformen (insb. Rentenpakete) falsche Schwerpunkte setzt. Die Sozialausgabenquote bewegt sich auf Rekordhoch und aufgrund der demographischen Entwicklung sowie der Tatsache, dass geschenkt eben geschenkt ist und zurücknehmen gestohlen wäre, ist absehbar, dass der Fluss nur schwer wieder in sein ursprüngliches Bett zurückgeführt werden kann. Da der größte Arbeitgeber Deutschlands nicht mehr aus der klassischen Industrie stammt, sondern inzwischen die „Sozial-Industrie“ allen anderen Wirtschaftszweigen in dieser Hinsicht den Rang abgelaufen hat, scheint eine Umbenennung fällig: Statt von Sozialer Marktwirtschaft sollte in Zukunft besser von einer „eher“ marktorientierten Sozialwirtschaft gesprochen

werden – das wäre ehrlicher. Nur kann ein Land nicht davon leben, dass man sich gegenseitig großzügig beschenkt. Vielmehr müssen die zukünftigen Steuer- und Beitragszahler erst einmal erwirtschaften, was wir dann in Zukunft verteilen wollen und können. Und hierbei spielt die schwindende Akzeptanz für den Sozialstaat und dessen Generationenverträge eine entscheidende Rolle. Sie wieder herzustellen erfordert eine Rückbesinnung auf Fundamentalgrundsätze der sozialen Komponente in unserem marktwirtschaftlichen Wirtschaftskonzept.

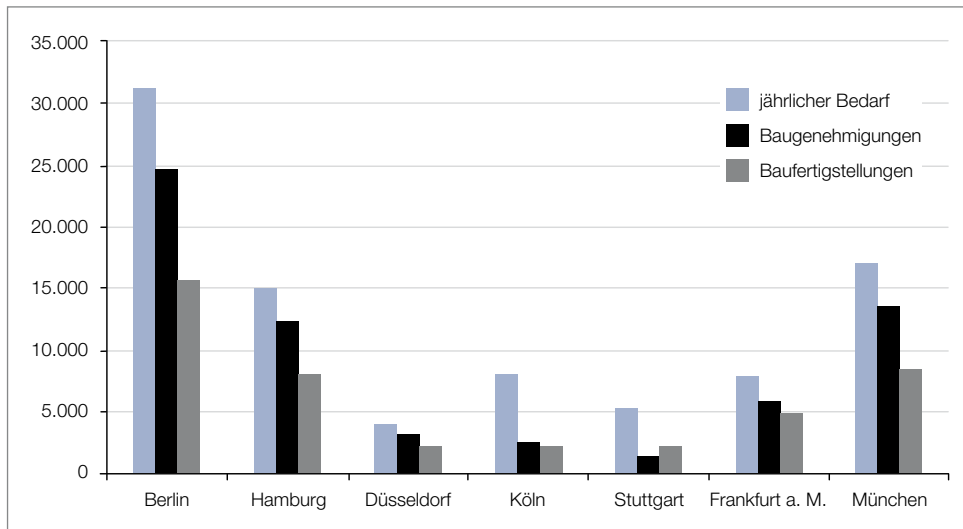
Von Rückbesinnung auf die Fundamentalprinzipien ist allerdings kaum noch etwas zu merken – im Gegenteil. Beispiel Grundsicherung: Die Soziale Marktwirtschaft fußte immer auf der Einsicht, dass jeder etwas kann und die Gemeinschaft der Steuerzahler nur dafür zuständig war, das Einkommen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe auf das sozio-kulturelle Existenzminimum aufzustocken. Von dem die Bedürftigkeit überprüfenden, subsidiär handelnden Sozialstaat geht es seit Jahren in Trippelschritten hin zum leistungslosen Grundeinkommensrecht für jedermann. Die Anfänge hierfür sind bei der Grundsicherung im Alter bereits gesteckt. Statt Bedürftigkeit gibt es nur noch eine wahrscheinlich nicht wirklich administrierbare und nur in Teilen erfolgende Einkommensüberprüfung durch das Finanzamt. Dieses Prozedere vermeidet zwar den angeblich „unzumutbaren und demütigenden“ Gang zum Sozialamt, allerdings sind die administrativen und datenschutzrechtlichen Hürden kaum in ein bis zwei Jahren zu nehmen. Und wer glaubt ernsthaft, dass wir die Aufstockung der „langjährig“ Versicherten ab 2021 aufschieben werden, weil die Administration der Einkommensüberprüfung durch das Finanzamt noch nicht effektiv eingerichtet ist? Ein Aspekt ist allerdings noch fataler: Wenn erst einmal sowohl der Gleichbehandlungsgrundsatz als auch das Lebensleistungsprinzip durchbrochen sind, dann kommen immer mehr auf die Idee, dass sie besser behandelt werden müssen als die anderen. Der Deich ist gebrochen und eine zweite Deichlinie ist nicht in Sicht.

IMPRESSUM

Dr. Ann Zimmermann (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
ISSN: 1612-9725
Foto: Kay Herschelmann

Wohnen in der Sackgasse?

Holzwege, Irrwege und Auswege



Wohnungsbedarf und -angebot in ausgewählten Städten 2017

(Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, inkl. Maßnahmen an bestehenden Gebäuden)

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik / Bundesamt, Statistik und Wahlen, Landeshauptstadt Düsseldorf / Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein / Statistisches Bundesamt, Voigtländer et al. (2017) / Wandzik et al. (2019).

Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum hat in den letzten Monaten viel Raum in öffentlicher Berichterstattung und Politik eingenommen. Angesichts aufgebrachter Bürger und der medialen Aufmerksamkeit, die das Thema in der Breite erreicht, neigt die Politik dazu, schnelle Lösungen zu versprechen, statt die Fakten zu prüfen und sich gegebenenfalls mit eigenen Versäumnissen auseinanderzusetzen.

Doch eine genaue Analyse tut not, denn Wohnraum ist nicht per se teuer geworden. Steigende Preise gibt es vor allem dort, wo eine wachsende Nachfrage auf ein nicht in gleichem Maße wachsendes Angebot trifft. Dies betrifft in Deutschland im Wesentlichen Städte wie Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln, München oder Stuttgart. Von Preissteigerungen in signifikantem Ausmaß sind in

erster Linie Wohnungssuchende betroffen, da vor allem die Neuvertragsmieten gestiegen sind. Die Bestandsmieten hingegen entwickeln sich nicht zuletzt dank des bestehenden Mieterschutzes im Durchschnitt moderat und parallel zur Preisentwicklung. Im Verhältnis zur guten Lohnentwicklung ist Wohnraum vielerorts sogar erschwinglicher geworden.

Eingriffe in die Preisfindung mögen zwar kurzfristig denjenigen Erleichterung verschaffen, die eine Wohnung haben. Sie sind jedoch bloße Symptomtherapie und lösen nicht das eigentliche Problem mangelnden Wohnraums. Wie die neue Publikation in der Reihe Argumente zu Marktwirtschaft und Politik „Wohnen in der Sackgasse? Holzwege, Irrwege und Auswege“ aufzeigt, führen weitreichende Eingriffe in Vertrags- und Eigentumsrechte eher dazu, Investoren und Investitionen abzuschrecken, mit fatalen Folgen für den Wohnungsmarkt. Denn bereits jetzt entspricht der Umfang der Bautätigkeit in vielen Großstädten nicht dem zu erwartenden Bedarf an zusätzlichem Wohnraum (vgl. Abb.). Die vorliegende Publikation untersucht die vorgeschlagenen oder bereits umgesetzten Maßnahmen und legt dar, warum vordringlich angebotsorientiert auf den Wohnungsmarkt eingewirkt werden sollte, wenn man die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum erhöhen will.



Wohnen in der Sackgasse? Holzwege, Irrwege, Auswege

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 147

Barbara Bültmann-Hinz

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072



Die Studie (Argument Nr. 147) finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ehrbarer Staat: Update 2019

Renten- und pflegepolitische Reformoptionen aus Perspektive der Generationenbilanz

Die gute fiskalische Haushaltslage der zurückliegenden Jahre hat offensichtlich dazu geführt, dass die Politik zentrale mittel- und langfristige wirtschaftspolitische Herausforderungen ignoriert – insbesondere in den sozialen Sicherungssystemen. Die aktualisierten Berechnungen des im Sommer vorgestellten Updates der „Bilanz des ehrbaren Staates“ zeigen, dass die Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Schulden mit 225,8 Prozent des BIP im Vergleich zum Vorjahr um 80 Prozentpunkte gestiegen ist. In absoluten Zahlen belaufen sich die Gesamtschulden der öffentlichen Hand damit auf rund 7,6 Billionen Euro. Der größere Teil – mehr als zwei Drittel – entfällt dabei auf die implizite, d.h. heute noch nicht direkt sichtbare Staatschuld. Sie beträgt 164,8 Prozent des BIP und damit ca. 5,6 Billionen Euro. Dahinter verbergen sich alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten staatlichen Leistungsversprechen für die Zukunft, insbesondere in den Sozialversicherungen.

Der Blick auf die soziale Pflegeversicherung (SPV), die im Fokus des diesjährigen Updates der deutschen Generationenbilanz stand, verdeutlicht exemplarisch das Grundproblem der umlagefinanzierten Sozialversicherungen: Aufgrund der voranschreitenden Bevölkerungsalterung werden bei Fortführung des Status quo die zukünftig zu erwartenden Einnahmen nicht mit den zu erwartenden,



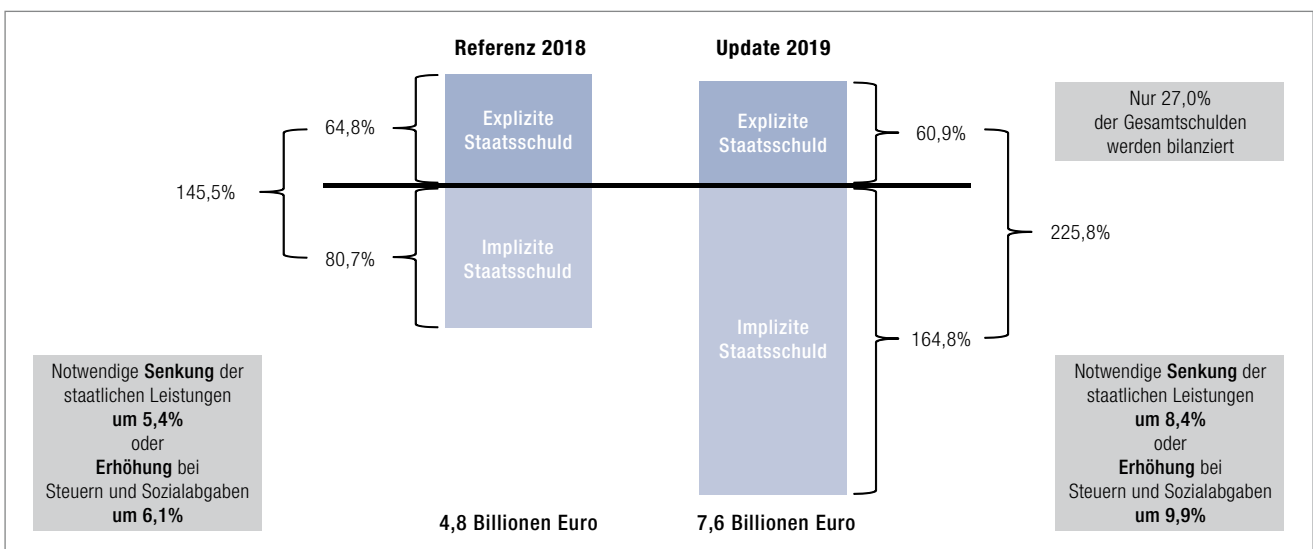
stark altersabhängigen Ausgaben Schritt halten können. Selbst unter eher konservativen Annahmen beläuft sich die daraus resultierende Nachhaltigkeitslücke der SPV auf knapp 36 Prozent des BIP – und das trotz der in der Vergangenheit bereits erfolgten

Beitragssatzerhöhungen. Will man diese Lücke auch in Zukunft über höhere Beiträge schließen, ist ein Beitragssatzanstieg von heute 3,05 auf 5,2 Prozent im Jahr 2060 notwendig. Sollten es hingegen zu einer überdurchschnittlichen Kostendynamik im Pflegebereich kommen, läge – aufgrund der dann auch höheren Nachhaltigkeitslücke – ein rechnerischer Beitragssatz von rund 8,5 Prozent im Jahr 2060 im Bereich des Möglichen. Die Hauptlast werden die jungen und nachfolgenden Generationen tragen müssen.

Ungeachtet dieser ohnehin schon beunruhigenden Aussichten kreist die aktuelle pflegepolitische Diskussion primär um weitere ausgabenseitige Wohltaten. So wird unter dem Stichwort „Sockel-Spitze-Tausch“ über eine Ausweitung der SPV zu einer Pflegevollversicherung mit stark

Nur die Spitze des Eisbergs ist sichtbar – Anstieg der Gesamtverschuldung auf hohem Niveau (in Prozent des jeweiligen BIP*)

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge.



* Referenz 2018 (BIP 2017): 3.277 Milliarden Euro; Update 2019 (BIP 2018): 3.386 Milliarden Euro, Rundungsdifferenzen möglich.

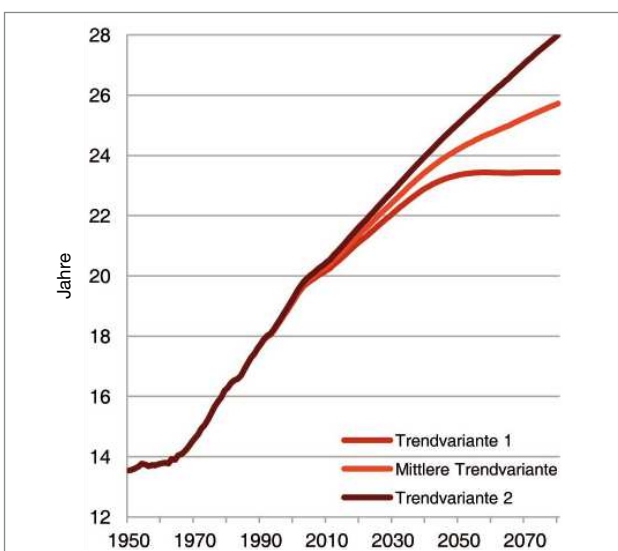
begrenzter Eigenbeteiligung nachgedacht – ohne dass die Befürworter eine nachhaltige Finanzierungslösung mitliefern würden. Aus Sicht der Stiftung Marktwirtschaft wären stattdessen Reformen notwendig, die ein stärkeres Gewicht auf Subsidiarität, Eigenverantwortung und Eigenvorsorge legen. Entsprechende Vorschläge – wie die Einführung einer Karenzzeit oder Maßnahmen zur Stärkung privater Zusatzversicherungen – stellen wir in unserer Kurzinformation zum Thema soziale Pflegeversicherung vor.

Nicht besser sieht es in der Rentenpolitik aus: Seit 2013 ignoriert die Große Koalition das Problem der voranschreitenden Bevölkerungsalterung komplett. Vorstandsmitglied Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen legte auf einer Pressekonferenz in Berlin im November 2019 auf Basis weiterer Analysen zum Thema „Ehrbarer Staat“ dar, dass bei Fortführung des Status quo in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) zukünftige Defizite in Höhe von insgesamt rund 78 Prozent des BIP auflaufen werden. Damit entfallen auf die GRV rund die Hälfte der impliziten Schulden des Staates (164,8 Prozent des BIP) bzw. rund ein Drittel der gesamten staatlichen Nachhaltigkeitslücke (225,8 Prozent des BIP).

Vor diesem Hintergrund plädiert die Stiftung Marktwirtschaft für ein grundlegendes Umsteuern in der Rentenpolitik. Dazu gehört insbesondere die langfristige Anpassung des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung,

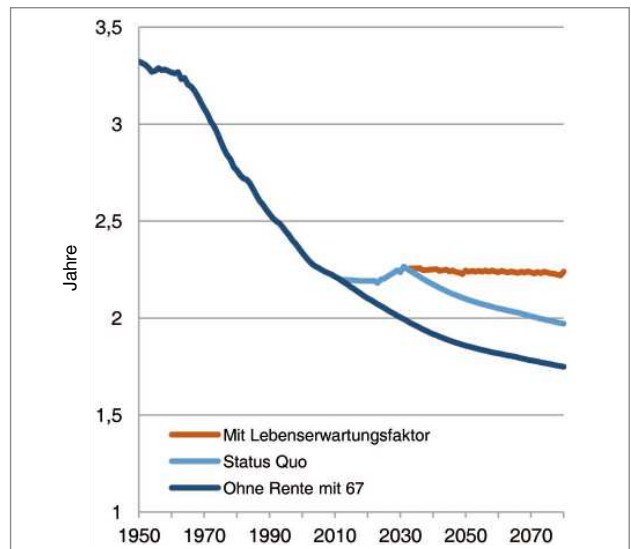
Fernere Lebenserwartung mit 65

Quelle: Statistisches Bundesamt.



Wirkung des Lebenserwartungsfaktors: Beitragsjahre pro Rentenjahr

Quellen: Statistisches Bundesamt, Forschungszentrum Generationenverträge.



beispielsweise mittels eines Lebenserwartungsfaktors. Die bisherigen Maßnahmen der Großen Koalition – etwa die Rente mit 63 oder der geplante Grundrentenkompromiss – schwächen demgegenüber die Funktionsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung und wecken bei den Bürgern Erwartungen, die dauerhaft nicht erfüllt werden können.



Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz Fokus: Pflegefall Pflegeversicherung?

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 146

Lewe Bahnsen
Tobias Kohlstruck
Gerit Manthei
Bernd Raffelhüschen
Stefan Seuffert

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072



Die Publikationen und weitere Informationen zum Thema finden Sie unter: www.ehrbarer-staat.de

CO₂-Preis & Klimaschutz

Wie lassen sich Klimaziele am besten erreichen?

Klimaschutz als globales öffentliches Gut sollte möglichst weltweit, mindestens aber europaweit koordiniert werden. Nationale Alleingänge wie die deutsche Energiewende sind wenig hilfreich und gehen oftmals mit einer enormen Verschwendung von Ressourcen einher. Wenn es darum geht, Treibhausgasemissionen zielgenau und kostengünstig zu reduzieren, sind technologieoffene, sektorenübergreifende und marktwirtschaftlich ausgestaltete Anreize am effizientesten. Wirkungsvoller als jede staatliche Feinststeuerung kleinteiliger Klimaschutzmaßnahmen ist eine umfassende CO₂-Bepreisung. Je mehr Staaten und Sektoren in das System eingebunden sind und je einheitlicher der Preis ist, desto besser für den Klimaschutz. Dementsprechend sollte die Erweiterung des Europäischen Emissionshandels im Zentrum der deutschen Klimapolitik stehen. Wie eine Einbindung weiterer Sektoren in den Emissionshandel gelingen kann, zeigen Emissionshandelssysteme außerhalb Europas.

Die bei der Emissionsrechteauktion erzielten Erlöse sollten an die Bürger zurückgeführt und Härtefallregelungen erwo-gen werden, um die soziale Verträglichkeit des Systems zu gewährleisten. Zudem sollte zwingend eine Abschaffung bestehender CO₂-bezogener Steuern und Subventionen erfolgen. Auch auf EU-Flottenreduktionsziele, Elektrofahrzeug-Prämien und den kostenintensiven Kohleausstieg könnte verzichtet werden. So ergäbe sich beispielsweise der politisch gewünschte Kohleausstieg in einem umfassenden Europäischen Emissionshandelssystem automatisch über die geringen Grenzvermeidungskosten.



CO₂-Steuer oder Emissionshandel – wie lassen sich Klimaziele am besten erreichen?

Auf den Punkt, Nr. 02

Jörg König

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 2627 – 2627



Die Studie (Auf den Punkt Nr. 02) finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Das Urheberrecht im digitalen Zeitalter

Ist nach der Richtlinie vor der Richtlinie?

Seitdem das Urheberrecht Gültigkeit hat, ist es umstritten. Heute steht es zudem vor der Herausforderung, sich als Rechtsrahmen sowohl für analoge als auch digitale Inhalte zu bewähren. Es soll den „kreativen Schöpfern“ funktionierende Anreize setzen und zugleich in der praktischen Anwendung von Urhebern und Nutzern nicht nur verstanden, sondern auch akzeptiert werden. In der EU sind allein 33 Wirtschaftszweige mit über 7 Millionen Arbeitsplätzen als „copyright-intensive“ zu bezeichnen.

Mit der Einigung auf die Urheberrechtsreform im April 2019 ist die EU einen großen Schritt in Richtung einer grenzüberschreitenden Harmonisierung gegangen. Doch die Zusatz-erklärung der Bundesregierung ist Sinnbild der immer noch bestehenden Unstimmigkeiten und zeigte gleich bei der Abstimmung neuen Handlungsbedarf auf. Eine zukunftsfähige Abwägung der unterschiedlichen Interessen von Anbietern (Urhebern), Verwertern, Intermediären und Nutzern sowie der einzelnen Mitgliedstaaten der EU ist somit weiterhin dringend notwendig.

Gerade jetzt in der Umsetzungsphase der Reform bis Juni 2021 ist es daher wichtig, sich damit auseinanderzusetzen, wie (und ob) die diversen Zielkonflikte gelöst werden können – gegebenenfalls aber auch damit, welche alternativen Lösungsansätze erfolgversprechend wären. Ziel sollte die Gestaltung eines marktkonformen, anreizorientierten Urheberrechts sein, das auf Grundlage des Eigentumschutzes und einer transparenten Rechtlklärung einen verlässlichen Rahmen bietet.



Ist nach der Richtlinie vor der Richtlinie? Das Urheberrecht im digitalen Zeitalter

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 145

Susanna Hübner

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072



Die Studie (Argument Nr. 145) finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Plattformökonomie

Zwischen Abwehrhaltung und Wunschdenken

Vor noch nicht allzu langer Zeit wurden mit der Entstehung von plattformbasierten, digitalen Geschäftsmodellen große Hoffnungen verbunden. Mittlerweile hat sich die Stimmung gedreht und vor allem die größten und prominentesten Vertreter dieser neuen Plattformökonomie entwickeln sich zunehmend zum politischen Feindbild. Die Liste der Vorwürfe ist lang und reicht von Missbrauch ausufernder Monopolmacht über grenzenlose Datensammelwut bis hin zu steuerlicher Trickserie. Allerdings ist die politische Haltung zur Plattformökonomie durchaus zwiespältig: Während einerseits die Klagen über bestimmte Online-Plattformen und deren Verhaltensweisen immer lauter werden, blickt man andererseits mit einer gehörigen Portion Neid auf den Erfolg genau dieser Unternehmen und wünscht sich längst nicht mehr nur insgeheim ein „europäisches Google“. Denn es lässt sich kaum bestreiten, dass die großen und global agierenden Online-Plattformen bis auf wenige Ausnahmen weder deutsche noch europäische Wurzeln aufweisen.

Vor diesem Hintergrund zeigt unsere in Kürze erscheinende Publikation aus der Reihe „Zeitthemen“, dass eine europäische Aufholjagd bei einer reinen Abwehrhaltung gegenüber den Plattformen aus dem Silicon Valley weiterhin Wunschdenken bleiben dürfte – trotz aller mitunter berechtigten Kritik an manchem Geschäftsgebaren etablierter Online-Plattformen. Die Studie warnt zudem vor übertriebenen Befürchtungen, etwa der Angst vor einem massiven „digitalen Prekariat“ durch plattformbasierte Beschäftigungsformen, ebenso wie vor wenig zielgerichteten und bislang eher zweifelhaften Maßnahmen, um vermeintliche Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von international tätigen Online-Plattformen einzudämmen.

Im Fokus der politischen Debatte steht nicht zuletzt der wettbewerbspolitische Umgang mit marktmächtigen Online-Plattformen. Auch hier mehren sich, angesichts der als unumkehrbar und schädlich empfundenen Monopolmacht einzelner Plattformen, radikale Forderungen bis hin zu weitreichender Regulierung oder der Zerschlagung von Unternehmen. Fraglich ist jedoch, ob auf diese Weise tatsächliche Missstände überhaupt behoben werden oder eine Wiederbelebung von Wettbewerb gelingen könnte. Auch eine pauschale Offenlegung der „Datenmonopole“ großer Plattformen ist wenig ratsam, denn die wettbewerbliche Bedeutung von Daten hängt vom Einzelfall ab. Leitbild von Wettbewerbspolitik sollte vielmehr sein, die Bestreitbarkeit von Marktmachtstellungen zu erhöhen und die Entscheidungsfreiheit von Konsumenten zu schützen



Plattformökonomie – zwischen Abwehrhaltung und Wunschdenken

Zeitthemen 03

Fulko Lenz

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)

ISSN Print: 2568-3551

ISSN Online: 2568-3578

– insbesondere durch eine zielgenaue Stärkung der Eingriffsmöglichkeiten von Wettbewerbsbehörden.

Fatal für Innovationstätigkeit und Verbraucher wäre es hingegen, würde man das Kind mit dem Bade ausschütten und in einen „digitalen Protektionismus“ abgleiten. Nicht zuletzt, weil Plattformen zwangsläufig in Konkurrenz zu bestehenden Geschäftsmodellen stehen, ist die Unterscheidung zwischen dem Schutz des Wettbewerbs und dem Schutz einzelner Wettbewerber nicht immer einfach. Noch zu häufig raubt überdies ein bürokratischer, wettbewerbsbehindernder und wenig zeitgemäßer Regulierungsrahmen deutschen Unternehmen die Möglichkeit, eigene plattformbasierte Innovationen zu entwickeln und mit diesen global erfolgreich zu sein.

Wenn man es mit den Bemühungen um die heimische Plattformökonomie ernst meint, ist politisches Engagement vor allem bei der Schaffung von Freiräumen und innovationsoffenen Rahmenbedingungen gefordert. Statt einer industriepolitischen Förderung politisch ausgewählter Einzelprojekte gilt es zudem, die staatliche Handlungsfähigkeit in der digitalen Plattformwelt zu erhöhen: Sei es durch die Nutzung plattformbasierter Lösungen im Rahmen der eigenen Aufgabenerfüllung, sei es durch die Einrichtung digitaler Verfahren bei der Erfassung steuerlich relevanter Vorgänge auf Online-Plattformen oder sei es durch die Verbesserung der Zugänglichkeit der bislang überwiegend brachliegenden Datensätze der öffentlichen Hand.

web

Die Studie (Zeitthemen 03) erscheint in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Tagungsberichte

Wettbewerb und Industriepolitik – Mehr Gegensatz oder mehr Ergänzung?

Zahlreiche Entwicklungen auf globaler Ebene – die internationalen Handelsstreitigkeiten, die Digitalisierung, der wirtschaftliche Aufstieg Chinas oder die Auswirkungen des Klimawandels – bringen Herausforderungen mit sich, in deren Folge der Fortbestand des deutschen Wohlstands nicht mehr selbstverständlich ist. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier MdB warnte bei unserer Tagung über Wettbewerb und Industriepolitik im Juli 2019 eindringlich davor, sich hierzulande gegenüber den zahlreichen Entwicklungen ausschließlich passiv zu verhalten. Vielmehr erfordere das gesamtgesellschaftliche Interesse daran, als Volkswirtschaft langfristig innovativ zu bleiben, auch staatliches Engagement. Unter den weiteren Referenten bestand zwar Einigkeit über die Notwendigkeit zu handeln. Welche konkreten Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sichern können und welche Prioritäten eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik setzen sollte, wurde jedoch kontrovers diskutiert.



Lernen neu lernen? – Bildung und Weiterbildung in Zeiten digitalen Wandels

Es klappt eine Lücke zwischen dem vielbeschworenen „lebenslangen Lernen“ in einer verheißungsvollen digitalen Zukunft und der Realität in Bildung und Weiterbildung. Über die Herausforderungen, vor die das deutsche Bildungssystem durch die voranschreitende Digitalisierung gestellt wird, haben wir im Juni 2019 mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek MdB und weiteren Experten aus Politik und Wissenschaft diskutiert. Wie dem Tagungsbericht zu entnehmen ist, ging es dabei zum einen um bisherige Ansätze und Strategien der Bundesregierung, wie z.B. den Digitalpakt oder die Nationale Weiterbildungsstrategie. Zum anderen wurden grundlegendere Aspekte thematisiert, wie beispielsweise die arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen durch den Strukturwandel, mögliche Ansätze zu einer erfolgreichen Bewältigung der Veränderungen sowie die Rolle von Wettbewerb bei der Identifizierung erfolgsversprechender Bildungsstrategien.

Sorgenfall Energiewende: Fallen Kosteneffizienz und Umweltschutz der Energiepolitik zum Opfer?

Mit der Energiewende hat Deutschland einen internationalen Sonderweg eingeschlagen, der höchst umstritten ist. Während Klimaforscher und Aktivisten die Klimaschutzbemühungen als zu zaghaft und nicht nachhaltig kritisieren, lehnen Bürgerinitiativen den Bau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen als Gefahr für Tier und Umwelt ab. Darüber hinaus treffen Klimasorgen auf Arbeitsplatzverlustängste und Bedenken hinsichtlich hoher Energiepreise sowie auf Befürchtungen, dass die heimische Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt werden könnte. Anfang dieses Jahres haben wir zum 7. Kadener Gespräch renommierte Experten eingeladen, um vor diesem Hintergrund über die Zwischenbilanz der deutschen Energiewende zu diskutieren. Dabei ging es beispielsweise um Fragen wie: Kann die deutsche Energiewende international Vorbildcharakter entfalten? Wie stabil ist das Klimasystem? Stehen Klimaschutz und Naturschutz im Widerspruch zueinander? Welchen Beitrag könnte ein auf weitere Sektoren ausgedehnter Emissionshandel leisten? Die gewonnenen Einblicke und Ergebnisse fasst unser Tagungsbericht zusammen.



Die Tagungsberichte und weitere Informationen über unsere Veranstaltungen finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de